

Pressemitteilung

SCHLESWIG-
HOLSTEINISCHER
LANDTAG



Nr. 003 / 13. Januar 2026

Vorstellung der Studie „Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein“

Im Januar 2022 hat der Schleswig-Holsteinische Landtag einstimmig beschlossen, die Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein, insbesondere zu Verfolgung und Vertreibung im Nationalsozialismus, aufzuarbeiten (Drs. 19/3558 neu). Zur Umsetzung des Landtagsbeschlusses wurde die Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History der Europa-Universität Flensburg damit beauftragt, zu der Thematik eine wissenschaftliche Studie zu erstellen. Heute (13. Januar) haben Landtagspräsidentin Kristina Herbst und Prof. Dr. Marc Buggeln die wesentlichen Ergebnisse der wissenschaftlichen Aufarbeitung im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt.

Landtagspräsidentin Kristina Herbst dankte dem Studienleiter Professor Buggeln sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die vorgelegte Studie. „Nach zwei Jahren intensiver Arbeit hat das Team der Forschungsstelle für regionale Zeitgeschichte und Public History heute ihre Ergebnisse zur Aufarbeitung der Geschichte der deutschen Sinti und Roma in Schleswig-Holstein vorgestellt. Herausgekommen ist ein beachtliches und vor allem ein wegweisendes Werk“, sagte Herbst. Die biografischen Interviews zeigten, wie sehr die Verfolgung im Nationalsozialismus und das verbundene Leid in den Familien noch immer nachwirke. „Mit den vorliegenden Forschungsergebnissen haben wir eine wichtige Grundlage erhalten, um uns noch intensiver mit der Geschichte der Sinti und Roma in Schleswig-Holstein zu befassen. Und um ihre Geschichte als Teil Schleswig-Holsteins noch besser zu begreifen und sie – vor allem anhand der geschilderten Lebenswege – auch besser zu vermitteln“, unterstrich die Landtagspräsidentin.

Studienleiter Prof. Dr. Marc Buggeln zeigte sich erfreut, dass es durch die Auswertung von rund 1000 Entschädigungs- und Rückerstattungsakten gelungen sei, dem Landtag eine Studie vorlegen zu können, die den bisherigen Forschungsstand zur NS-Verfolgung der Sinti und Roma und deren Nachgeschichte in Schleswig-Holstein grundlegend erweiterte. „Von etwa 500 Sinti und Roma, die im Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein lebten, wurden mehr als die Hälfte im Mai 1940 ins besetzte Polen deportiert, wo etwa ein Drittel bis die Hälfte der Verschleppten umkamen. Täter

waren vornehmlich Polizeibeamte“, führte Buggeln aus. „Der in Kiel zuständige Beamte Rudolf Hannig machte nach 1945 als erster Leiter des Landeskriminalpolizeiamtes eine herausragende Karriere“, ergänzte der Studienleiter. „Für die Nachkriegszeit können wir zeigen, dass Sinti und Roma öfter und erfolgreicher Anträge auf Entschädigung und Rückerstattung stellten, als bislang angenommen. Doch auch wenn 81 Prozent aller Antragstellenden zumindest einen Teilanspruch geltend machen konnten, so mussten sie dafür oft lange kämpfen und erhielten häufig nur geringe Summen zugesprochen. Eine Medienanalyse schleswig-holsteinischer Tageszeitungen und fünf Interviews mit Angehörigen der Minderheit offenbaren den fortwirkenden Rassismus, dem sich die Minderheit seit der Bürgerrechtsbewegung der 1970er-Jahre aber immer selbstbewusster entgegenstellt“, schloss Buggeln seine Ausführungen.

Das Forschungsprojekt wurde von einem Beirat unter Leitung der Abgeordneten Birte Pauls (SPD) begleitet. Neben der Beiratsvorsitzenden gehörten dem Gremium die Landtagsabgeordneten Uta Wenzel (CDU), Eka von Kalben (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Heiner Garg (FDP) und Jette Waldinger-Thiering (SSW) sowie Vertreterinnen und Vertreter des Landesverbandes deutscher Sinti und Roma und der Sinti Union Schleswig-Holstein an. „Stellvertretend für alle Mitglieder des Beirats möchte ich der Vorsitzenden Birte Pauls und ihrer Stellvertreterin Uta Wenzel sehr herzlich für die geleistete Arbeit sowie die kompetente und konstruktive Begleitung des Forschungsprojekts danken“, sagte Herbst abschließend.

Die Studie können Sie unter

<https://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl20/drucks/03900/drucksache-20-03919.pdf>

abrufen.